

Karl Arnold  
als politischer Begründer  
Nordrhein-Westfalens

## Christlich – sozial – europäisch

Jürgen Rüttgers

Die bedeutenden Ministerpräsidenten Nordrhein-Westfalens, die auf Karl Arnold folgten – Franz Meyers, Heinz Kühn, Johannes Rau –, haben jeder auf seine Art und in seiner Zeit das Gesicht unseres Landes verändert. Sie haben wichtige Weichenstellungen vorgenommen. Aber sie taten dies auf der Grundlage dessen, was Karl Arnold geschaffen hat.

Wir erinnern uns an einen Mann, ohne den Nordrhein-Westfalen nicht zu denken ist. Als ihn sein tragischer und viel zu früher Tod vor einem halben Jahrhundert aus dem Leben riss, hat Nordrhein-Westfalen nicht nur einen führenden Politiker verloren. Es hat damals seinen politischen Gründer verloren. Es gibt niemanden, der mit dem demokratischen Neubeginn und der Gründung unseres Landes so verbunden ist wie Karl Arnold. Dieser Neubeginn war nicht irgendein Neuanfang. Es war der totale Neubeginn nach dem totalen Desaster. Deutschland lag in Trümmern. Unser Vaterland stand nach der Nazi-Barbarei vor dem Nichts. Das Wort von der „Stunde null“ ist zutreffend: Deutschland war im Jahr 1945 auf dem absoluten Nullpunkt angekommen. Kaum eine Nation hat jemals eine so vollkommene militärische, politische und vor allem auch moralische Niederlage erlebt wie unsere. Es war eine große Leistung, aus diesem politischen und geistigen Zusammenbruch einen Neuanfang zu wagen.

Das Land wiederaufzubauen – das galt nicht nur in einem materiellen, sondern vor allem in einem moralischen Sinn. Nach der totalen Entchristlichung durch die

Nazi-Barbarei ging es darum, das abendländisch-christliche Menschenbild wieder zum Maßstab der Gesellschaft und des politischen Handelns zu machen. Das war der Grundgedanke der CDU. Der christliche Glaube war die entscheidende Keimzelle für die Gründung und den Zukunftsmut unserer Partei. Aus dieser starken Wurzel hat sich auch die Modernität der CDU als Gründungspartei der Bonner Republik gespeist. Und wer hätte das besser vorleben können als Karl Arnold, der durchdrungen war von den Grundsätzen der katholischen Soziallehre? Nach einer Schuhmacherlehre hatte er seit den Zwanzigerjahren in der Geschäftsstelle des christlichen „Deutschen Gewerkschaftsbundes“ in Düsseldorf gearbeitet und früh seine politische Heimat in der christlichen Arbeitnehmerbewegung und im „Zentrum“ gefunden. In der Nazi-Zeit hatte er Mandat und Beruf verloren und war verfolgt worden. Früh erkannte er, dass Deutschland nach dem Krieg entweder sozial, christlich und europäisch geprägt sein musste – oder aber keine Zukunft haben würde. Ihn trieb die große Frage um: „Wie wollen wir eigentlich nach der Katastrophe leben?“ Diese existenzielle Frage war der Motor seines Handelns. Er wusste: Ein Leben nach der Stunde null konnte nur auf der Basis des jüdisch-christlichen, des abendländischen Menschenbildes wieder möglich sein. Und er wusste, dass das möglich war. Denn hier im Rheinland, in Westfalen und an Ruhr und Lippe waren die christlichen Wurzeln intakt geblieben. Karl Ar-

nold wusste um die große versöhnende Kraft der christlichen Botschaft. Ihm ging es darum, wieder alle demokratischen Kräfte zusammenzuführen und die konfessionelle Spaltung zu überwinden. Es ging ihm vor allem auch darum, die sozialen und ideologischen Gräben zuzuschütten und Brücken zu bauen. Karl Arnold war ein Mann der Grundsätze. Aber er war niemals Ideologe. Sein Stil bestand nicht in Polemik und Konfrontation, sondern in Kooperation und Integration. Karl Arnold war verbindlich, aber seine Politik war nie beliebig. Er machte eine Politik, die Verantwortungs- und Gesinnungsethik zu verbinden wusste. Er machte eine Politik des Gewissens. Das machte ihn so glaubwürdig. Deshalb haben ihm die Menschen vertraut.

### Nordrhein-Westfalens Einheit

Eine Politik des Gewissens – das ist der Kern des Politikverständnisses von Karl Arnold gewesen. Und er hat das auch selbstbewusst als politisches Programm für Nordrhein-Westfalen formuliert. Jeder kennt den Satz aus der Regierungserklärung von 1950: „Das Land Nordrhein-Westfalen will und wird das soziale Gewissen der Bundesrepublik sein.“ Das war mehr als nur eine Behauptung. Es war ein Bekenntnis.

Damit hat Karl Arnold eine Staatstradition begründet, die bis heute Gültigkeit hat. Sie hatte Erfolg, weil sie auf einer langen historischen Tradition aufbaute: Denn das Land an Rhein, Ruhr, Lippe und Weser mit dem Revier im Zentrum war immer ein Land der Arbeiter und der Bürger gewesen, nie ein Land der Schlösser, der Dynastien, der Junker und Großgrundbesitzer. Die Städte im Rheinland, in Westfalen und im Lipper Land waren Orte eines freien Bürgertums, geprägt vom Geist der Selbstbestimmung und der Ablehnung von Obrigkeitsstaat und Zentralismus. In Nordrhein-Westfalen wurde der Klassenkampf beendet, wurden

die Mitbestimmung und viele andere soziale Errungenschaften erkämpft. Hier liegen die Wurzeln der Sozialen Marktwirtschaft. Historisch hat Rheinländer und Westfalen deshalb immer viel mehr verbunden als getrennt. Deshalb lag es nahe, nach dem Zusammenbruch aus beiden Provinzen auch eine politische Einheit zu formen. Aber das war, wie wir heute wissen, alles andere als selbstverständlich.

Es ist faszinierend, die Originalakten der Gründungsgeschichte Nordrhein-Westfalens, die im britischen Nationalarchiv in London lagern, in Händen zu halten und zu sehen, wie damals Geschichte gemacht wurde – im buchstäblichen Sinne. Denn es hätte auch alles anders kommen können: Es gab den Vorschlag, die preußischen Provinzen Rheinland und Westfalen als jeweils eigenständige Länder zu gründen. Und es gab die Idee eines eigenen Ruhrgebietsstaates. Die Briten müssen aber von den starken inneren Verbindungen zwischen Rheinländern und Westfalen gewusst haben. Warum hätten sie sonst die Zusammenführung der beiden bisherigen preußischen Provinzen Rheinland und Westfalen als „Operation Marriage“ bezeichnet? Eine Hochzeit verbindet, was zusammengehört. Und diejenigen, die lange nur von einer Vernunft-ehe sprachen, sind inzwischen längst widerlegt worden. Für Karl Arnold stand von Anfang an fest, dass Nordrhein-Westfalen eine Einheit war. Aber er wusste auch, dass man diese Einheit politisch stärken musste. Das hat er nach Kräften getan, zum Beispiel mit der Gründung des WDR in Köln. Für ihn waren die Länder das Herzstück der jungen Demokratie und nicht irgendwelche nachgeordneten Verwaltungseinheiten des Bundes. Er pochte auf die Eigenständigkeit der Länder. Nicht umsonst hat ihn der Bundesrat zu seinem ersten Präsidenten gewählt.

So wichtig die Länder für Karl Arnold waren: Seine Perspektive ging darüber

weit hinaus. Er dachte gesamtdeutsch. Er war sich der besonderen bundesdeutschen Verantwortung der Länder bewusst. Das galt insbesondere für Nordrhein-Westfalen als größtes Bundesland, das für Karl Arnold von Anfang an nicht nur ein Bundesland wie andere auch war, sondern das „Kernland der Bundesrepublik“.

Weil Karl Arnold sich dieser gesamtdeutschen Verantwortung bewusst war, hat er den Bundesrat auch nie als Blockadeinstrument gegen die Bundesregierung verstanden. Er war es, der den Begriff des „kooperativen Föderalismus“ geprägt hat. Für ihn war der Bundesrat nicht die Institution des parteipolitischen Kampfes im Bundestag mit anderen Mitteln. Wäre die Politik Arnolds Linie weiter gefolgt, würden wir heute keine Föderalismuskommission brauchen. Dem Versuch, der Bundesrepublik immer mehr Zentralismus zu verordnen, wie es ihn auch in unseren Tagen wieder gibt, wäre er entgegengetreten.

### Soziale Marktwirtschaft als Leitbild

Karl Arnold gehört zu den wichtigsten Architekten des föderalen Systems der Bundesrepublik. Aber er ist auch und vor allem einer der wichtigsten Architekten der Sozialen Marktwirtschaft gewesen. Das hieß für ihn: Die soziale Gerechtigkeit muss im Mittelpunkt einer neuen Wirtschafts- und Sozialordnung stehen. Er wusste, dass eine Ordnung, die nur der Marktlogik folgt, scheitern musste. Er wusste, dass wirtschaftliche Vernunft und soziale Gerechtigkeit die zwei Seiten derselben Medaille sind. Deshalb hat er sich so für die paritätische Mitbestimmung eingesetzt. Deshalb hat er für Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand gekämpft. Deshalb hat er immer gemahnt, dass Wirtschafts- und Sozialpolitik nicht getrennt werden dürfen. Das steht nicht umsonst schon im „Ahlemer Programm“. Dort wird bereits 1947 die Einheit von Wirtschafts- und Sozialpoli-

itik ausdrücklich formuliert. Ahlen war eben kein Programm für Verstaatlichung und Planwirtschaft. Es war die Grundlage für die Soziale Marktwirtschaft, wie sie dann in den Düsseldorfer Leitsätzen weiter ausgebaut wurde. Das überbrückte die Gegensätze, die es natürlich auch gab – persönliche Gegensätze zwischen Arnold und Adenauer zum Beispiel. Etwa in Fragen der Abgrenzung zur SPD und zum Sozialismus. Es ist ja richtig: Adenauer und Arnold waren sich in Vielem nicht einig, bis hin zum offenen Konflikt. Aber sie bildeten nie unversöhnliche Gegenpole, sondern die „zwei Brennpunkte derselben politischen Ellipse“, wie Rainer Barzel das einmal sehr treffend gesagt hat. Nicht zuletzt am Ahlemer Programm und an den Düsseldorfer Leitsätzen wird das deutlich. Sie wurden gemeinsam verfasst sowohl von Adenauer wie von Arnold, sowohl von katholischen Gewerkschaftern wie Johannes Albers wie von evangelischen Wirtschaftsvertretern wie Robert Pferdenges – der übrigens ein leibhaftiger Großneffe von Friedrich Engels war. Denn das war ja gerade die Stärke der frühen CDU: Dass sie eben nicht nur Partei, sondern Union war; dass sie sehr gegensätzliche Strömungen und Traditionen integrierte; dass Liberale, Christlich-Soziale und Konservative in ihr ihre Heimat fanden – unter einem Dach. Und es war ihre Stärke, dass sie eine föderale Struktur mit ausgeprägten regionalen Traditionen hatte – und nicht dem Modell einer zentralistischen Kaderpartei folgte. Das alles machte die CDU zur echten Volkspartei. Das machte sie zur Gründungspartei der Bonner Republik. Das machte sie zur modernsten und erfolgreichsten Partei Deutschlands. Dieses Vermächtnis müssen wir heute mehr denn je achten und bewahren. Alle gesellschaftlichen Gruppen müssen sich in der CDU wiederfinden. Das geht nur, wenn Sozial- und Wirtschaftspolitik eine Einheit bilden.

Sozialpolitik ist Wirtschaftspolitik. Wirtschaftspolitik ist Sozialpolitik. Das war die Botschaft Karl Arnolds und des Ahlener Programms wie auch der Düsseldorfer Leitsätze. Das ist auch die Botschaft heute und in Zukunft. Wenn Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik keine Gegensätze sind, gibt es neue Sicherheit für die Menschen. Neue Sicherheit für die Menschen – das wollte auch Karl Arnold. Nach all den furchtbaren Erfahrungen des Krieges und nach einem Ausmaß an Leid, das wir uns heute als Nachgeborene kaum mehr vorstellen können.

Wir stehen heute, Gott sei Dank, nicht mehr vor diesen existenziellen Herausforderungen. Aber auch die Herausforderungen der Gegenwart verunsichern die Menschen zutiefst. Denn der globale Wandel hat eine Dynamik, die historisch ihresgleichen sucht. Wer das Vermächtnis von Karl Arnold heute politisch weiterführt, der muss für neue Sicherheitsorgen. Es geht darum, die Soziale Marktwirtschaft vor dem Turbokapitalismus zu schützen. Es geht darum, niemanden im Wandel zurückzulassen. Es geht darum, dass der Sozialstaat elementare Regeln der Gerechtigkeit erfüllt – und nicht gegen sie verstößt. Die elementarste Regel ist, dass sich Leistung lohnen muss. Deshalb ist es richtig, dass diejenigen, die ein Leben lang gearbeitet haben und im Alter arbeitslos werden, mehr aus der Versicherung bekommen als diejenigen, die kaum gearbeitet haben. Und deshalb ist es auch richtig, dass jemand, der ein Leben lang vollzeitbeschäftigt war, eine Rente oberhalb der Armutsgrenze erhalten muss. Nur eine Politik, die wirtschaftliche Vernunft und soziale Gerechtigkeit verbindet, schafft neue Sicherheit. Nur sie hat Erfolg. Das galt damals. Das gilt heute.

### Ein deutscher Europäer

Karl Arnold ist für uns heute Vorbild als Christ und als Politiker des sozialen Gewissens und der Gerechtigkeit. Aber er

ist auch noch in einem weiteren Sinne Vorbild. Walter Henkels, der große journalistische Begleiter der Bonner Republik, hat ihn im Jahre 1950 einmal sehr schön als „Europäer mit deutscher Staatsangehörigkeit“ bezeichnet. Karl Arnold zählt in der Tat zu den ersten deutschen Politikern der Stunde null, die die Notwendigkeit einer westeuropäischen Staatengemeinschaft erkannten. Er war auch hier im besten Sinne des Wortes Vordenker. Bereits in seiner Neujahrsansprache 1949 hat er den damals unerhörten Vorschlag unterbreitet, einen völkerrechtlichen Zweckverband zwischen Deutschland, Frankreich, Belgien und Luxemburg zu gründen. Prophetisch sah er die Notwendigkeit einer internationalen Kooperation gerade bei den Schlüsselindustrien von Kohle und Stahl. Nicht zuletzt die strittige Ruhrfrage erschien ihm damit lösbar. Sein Montanplan stieß im Inwie im Ausland auf Skepsis, ja Ablehnung. Aber wie das mit einer guten Idee fast immer ist: Irgendwann setzt sie sich durch. Niemand Geringeres als der französische Außenminister Robert Schuman griff schon bald den Vorstoß des Düsseldorfer Regierungschefs auf und baute ihn aus zu seinem berühmten „Schuman-Plan“, der Gründungsurkunde der späteren Europäischen Gemeinschaft.

Karl Arnold war einer der geistigen Väter und Wegbereiter der Europäischen Union. Er wusste, dass das Land von der europäischen Integration in jedem Fall profitieren würde – wirtschaftlich wie politisch. Er wollte die europäische Aussöhnung. Das war ihm ein Herzensanliegen. Er verkörperte die europäischen Werte. Er lebte sie vor. Er war Europäer durch und durch. Er wusste, dass die Zukunft nur in einem engen Zusammenschluss der europäischen Nationen liegen konnte.

### Ein nachhaltiges Vermächtnis

Karl Arnolds Frage zu Beginn seiner Amtszeit gefragt „Wie wollen wir eigent-

lich leben nach der Katastrophe?“ traf den Kern der Herausforderung damals. Aber das gilt auch heute: Denn Politik darf nicht allein danach fragen, was geht. Technokratischer Pragmatismus reicht nicht. Politik muss auch Normen setzen. Sie muss Werte verkörpern und eine Vision haben. Wir müssen heute darüber nachdenken und diskutieren, wie wir in zwanzig Jahren leben wollen. Und wenn wir das tun, dann sollten wir eine Maxime von Goethe beherzigen, die mir immer gefallen hat. Er hat gesagt: „Träume keine kleinen Träume, denn sie bewegen die Herzen der Menschen nicht.“ Nur wer weiß, was die Herzen der Menschen bewegt, kann auch politisch etwas bewegen. Und nur wer etwas bewegt, wird auch die Herzen der Menschen bewegen können. Das wusste Karl Arnold. Danach hat er gehandelt. Damals ging es darum, das Land wieder aufzubauen, den Menschen eine neue Heimat zu geben und Wohlstand für alle zu schaffen.

Heute geht es darum, die Einheit der Gesellschaft zu bewahren. Auch dafür brauchen wir mehr als kleine Träume. Wir dürfen nicht akzeptieren, dass die Kluft zwischen Arm und Reich, zwischen gut Ausgebildeten und gering Qualifizierten, zwischen Ost und West, zwischen Einheimischen und Zuwanderern immer weiter auseinandergeht. Nur wenn wir Gemeinsinn und Gemeinschaft stärken, bewahren wir die Einheit der Gesellschaft. Denn es geht nicht allein um wirtschaftlichen Gewinn als Selbstzweck. Wir brauchen auch mehr Wachstum, um den Schwachen helfen zu können. Aber wir brauchen auch Gemeinsinn und Gemeinschaft, damit der Staat nicht alles machen muss. Es ist wichtig, dass die Menschen wieder mehr Zeit füreinander haben; dass sie *miteinander* leben statt *nebeneinander*; dass Familien zusammenstehen; dass Freunde füreinander da sind;

dass die Menschen einander beistehen, gerade wenn es mal nicht so gut läuft. Das kann man aber nicht auf Knopfdruck abrufen. Das muss man ein Leben lang leben – den Kindern vorleben. Die Zeit des schrankenlosen Individualismus ist vorbei. Jetzt brauchen wir eine neue Kultur des Miteinanders.

Karl Arnolds Vermächtnis besteht darin, eine wertegebundene Politik zu machen, zum Beispiel gegen die Verfügbarkeit menschlichen Lebens am Anfang wie am Ende, bei der Stammzellenforschung ebenso wie bei der Tötung auf Verlangen. Sein Vermächtnis besteht darin, einer rein materialistischen Politik eine klare Absage zu erteilen. Der Markt kann und darf nicht alles regeln. Für ein menschliches Leben sind Sicherheit, Freiheit, Gesundheit, Bildungs- und Aufstiegschancen notwendig. Dass jedermann daran teilhaben kann, muss der Staat sicherstellen.

Und sein Vermächtnis bedeutet, die Soziale Marktwirtschaft zu bewahren. Wir dürfen uns die Spielregeln des globalen Wettbewerbs nicht von außen diktieren lassen – nicht von der Wall Street, nicht von der Londoner Börse und auch nicht von der chinesischen Staatsbank. Nur ein System, das eine liberale Marktwirtschaft mit einem solidarischen Sozialstaat verbindet, ist in der Lage, die Zukunftsprobleme zu meistern.

Christlich, sozial, europäisch – diese Trias umreißt das politische Lebenswerk Karl Arnolds. Alle drei Elemente gehören untrennbar zusammen. Kein Teil ist ohne den anderen denkbar. Dahinter stand seine Überzeugung, als Christ zur Übernahme politischer Verantwortung verpflichtet zu sein. Wir in Nordrhein-Westfalen wissen, was wir an ihm gehabt haben. Wir wissen, was wir ihm verdanken. Wir wissen, was er uns auf unseren weiteren Weg mitgegeben hat und was uns Verpflichtung ist.